

Ganz im Zeichen von Europa: Die BDK in Dresden

Auf der BDK in Dresden Ende November stand zwar die Verabschiedung des Europawahlprogrammes und die Wahl der Europa-KandidatInnen im Mittelpunkt, wie es sich für einen grünen Parteitag gehört, hatte das „Rahmenprogramm“ allerdings auch einiges zu bieten. Freitags ging es um die Verabschiedung des Leitantes „Reformen und Gerechtigkeit“ des Bundesvorstandes. Die wirtschaftspolitische Kommission wurde damit beauftragt, noch vor der Europawahl 2004 ein Konzept für mehr Steuergerechtigkeit inklusive einer Vermögensteuer auszuarbeiten. Nicht nur Privatvermögen, sondern auch Betriebe sollen besteuert werden, wobei darauf geachtet werden soll, kleine und mittlere Betriebe in Zeiten der Stagnation nicht zu gefährden.

Im Vermittlungsverfahren klaren Kurs halten

Weiterhin beinhaltet der Leitantrag eine klare Aussage darüber, wo Kompromissmöglichkeiten im Vermittlungsverfahren gesehen werden und wo nicht. Zitat aus dem Leitantrag: „Dagegen wenden wir uns als Bündnisgrüne gegen die konfrontativen Forderungen aus der Union, mit denen vor allem beim künftigen Arbeitslosengeld II und bei der Arbeitsmarktpolitik die sozialpolitische Kapitulation von Rot-Grün verlangt wird. Bei der Zumutbarkeit von sogenannten Minijobs darf nicht Lohndumping zum neuen Sozialstandard gemacht werden.(...). Ebenso lehnen wir es ab, erneut die Verwandten ersten Grades finanziell heranzuziehen, wenn jemand Leistungen nach dem Arbeitslosengeld II bezieht. Wir weisen zudem die Forderung zurück, das Leistungsniveau beim Arbeitslosengeld II abzusenken. Der Abschaffung des Kündigungsschutzes in Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten erteilen wir eine eindeutige Absage. Das würde die Beschäftigten in vielen mittelständischen Betrieben der Voraussetzungen für wirkungsvolle Interessenvertretung berauben, ohne effektiv für zusätzliche Beschäftigung etwas zu leisten.“

Für mehr Gerechtigkeit

Die Fraktionsvorsitzende Krista Sager meinte mit Blick auf die Diskussion über die Vermögenssteuer, die Grünen hätten den Mut zu unpopulären Forderungen. Die Abgabe dürfe jedoch kein Ersatz für die notwendigen Strukturreformen sein. Bundesumweltminister Jürgen Trittin sagte, bei der Einführung einer Vermögenssteuer müsse darauf geachtet werden, dass kleinere und mittlere Betriebe nicht zu sehr belastet würden.

Während der Debatte hat Reinhard Bütikofer die Delegierten zu einer gemeinsamen Linie aufgefordert: „Wir werden uns nicht auseinanderdividieren lassen“. Es sei richtig, dass es im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit noch einiges zu tun gebe. So hätten große Erbschaften keinen Anspruch darauf, unter „Naturschutz“ gestellt zu werden. Es sei keine Frage, ob über die Ver-

Fortsetzung auf Seite 2

Vorstandsgeflüster

Das Jahr neigt sich dem Ende zu, Weihnachten steht wieder mal vor der Tür. Aus kreispolitischer Sicht war es zum einen ein Jahr des sich „Findens“ zwischen den Wahlen, zum anderen war es stark geprägt durch die rot-grüne Reformpolitik: reagieren, „vermitteln“, diskutieren, kritisieren, eigene Standpunkte entgegensetzen: die Gradwanderung war nicht immer leicht.

Wovon wir uns nicht haben anstecken lassen: vom Mitjammern! Denn in einem sind wir uns einig: wir haben im Gegensatz zu den sogenannten Volksparteien ein eigenes politisches Profil, was unsere Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit angeht und wir haben zukunftsfähige Konzepte anzubieten.

Die BDK in Dresden war ein voller Erfolg, wir sind gut aufgestellt für die Europawahlen am 13. Juni 2004, wie die Reutlinger Delegierten berichten.

Wie dringend notwendig eine umfassende Gemeindefinanzreform für die deutschen Kommunen ist, zeigt der Bericht der Gemeinderatsfraktion der Grünen und Unabhängigen zur Haushaltssituation der Stadt Reutlingen.

Mit dem Münsinger Truppenübungsplatz haben wir in unserem Kreisverband ein einmaliges Landschaftsgefüge, das seines Gleichen im Ländle sucht. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass hier das erste Großschutzprojekt in Baden-Württemberg realisiert wird. Es liegt allerdings noch ein langer, steiniger Weg vor uns (siehe auch Seite 5). Wir werden am Ball bleiben!

Dieses Jahr bescherte uns den heißesten Sommer seit Menschengedenken. Wie sich die Presse mit diesem „heißen Thema“ auseinandersetzte, könnt ihr in den Beitrag von Birgit Lukas auf Seite 7 lesen.

Wir wünschen allen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das bevorstehende, bestimmt nicht weniger ereignisreiche Jahr 2004.

Der Kreisvorstand

Fortsetzung von Seite 1

Die BDK in Dresden

mögenssteuer diskutiert werde, sondern wie. Der ehemalige Partei-Vorsitzende Fritz Kuhn hatte davor gewarnt, sich zu sehr auf die Vermögensteuer zu konzentrieren: „Es muss insgesamt mehr Steuergerechtigkeit geben“.

Europawahlprogramm verabschiedet

Das Programm zur Europawahl wurde am Samstag mit überwältigender Mehrheit verabschiedet. Der Leitantrag des Bundesvorstands zum Europawahlprogramm, in den zahlreiche kleine Änderungen und Ergänzungen von den Delegierten aufgenommen wurden, setzt die Schwerpunkte grüner Europa-Politik auf die Themen Nachhaltigkeit und Verbraucherrechte, ökologische Erneuerung der Wirtschaft, Ausbau sozialer Handlungsspielräume, europäische Wissensgesellschaft, lebendige Demokratie, gerechte Globalisierung und friedliches Europa.

Ausdrücklich bekennen sich die Grünen zur europäischen Verfassung. Dennoch will die Partei weiter auf Veränderungen drängen. So müsse unter anderem die EU-Kommission weiter zu einem Exekutivorgan ausgebaut und dem Euratom-Vertrag ein Ende bereitet werden: konkretes Ziel, das auf der BDK in einem Dringlichkeitsantrag verabschiedet wurde, ist eine Abschaffung des Vertrags bis zum Jahr 2007.

Grüne für die Europawahl gut aufgestellt

Mit Rebecca Harms und Dany Cohn-Bendit haben wir ein kompetentes Spitzenduo; und dass ein Viertel der Bundesliste mit Grünen aus Baden-Württemberg besetzt ist, sehen wir als großen Erfolg und als Motivation für die kommenden Wahlmonate. Heide Rühle, MdEP, sicherte sich den Platz 3, Cem Özdemir überzeugte die Delegierten durch seine sachliche Rede und wurde mit großer Mehrheit auf Platz 6 gewählt. Beide haben somit sehr gute Chancen auf den Einzug ins Europaparlament.

Spaß am Televoting

Keine technische Pannen, keine größeren Irritationen – offensichtlich sogar Spaß an dem neuen Spielzeug: die erste Abstimmung per Televoter ist glücklich über die Bühne gegangen. Die schnelle Abstimmung hat allen Unkenrufen zum Trotz prima funktioniert. Statt mühsamer Zettelchen-Auswertung konnten die Delegierten per Knopfdruck ihre Stimme abgeben.

Joschka Fischer als „virtueller Redner“

Persönlich anwesend sein konnte Joschka Fischer zwar leider nicht, weil zeitgleich eine EU-Außenministerkonferenz in Neapel stattfand, aber dank

des Segens der Technik konnte Joschka in einer Live-Schaltung per Satellit zu den Delegierten sprechen. Auch diese virtuelle Anwesenheit eines Redners war neu auf einem grünen Parteitag.

Der Bundesaußenminister warb eindringlich für eine sachliche Debatte bezüglich eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. CDU/CSU würden mit ihren Argumenten an die Stammtische appellieren. Der internationale Terrorismus stelle Europa jedoch vor neue Herausforderungen. Daher sei es wichtig, den Demokratisierungsprozess in der Türkei weiter zu unterstützen. „Europa darf der Türkei nicht die Tür vor der Nase zuschlagen“, sagte Fischer.

Dies gelte auch für die Diskussion über eine europäische Verfassung. Alle Mitgliedsstaaten müssten erkennen, dass es wichtig sei das europäische Interesse über die nationalen Belange zu stellen. „Wenn dies gelingt, ist das ein großer Schritt nach vorne.“

Dass es bis zur Realisierung einer EU-Verfassung noch ein weiter Weg ist, zeigt uns das Scheitern des Verfassungsgipfels am 13. Dezember in Brüssel.

Florian Müller
Sabrina Hoffstetter-Kuhn

Anzeigen

ALAN *thema*WOHNEN GMBH
HOFFMANNSTRASSE 12 • 72770 REUTLINGEN-BEIZINGEN
FON: 0 71 21/95 56-0 • FAX: 0 71 21/95 56-661

- Laden
- Schreinerei
- Restaurierungen

ökologisch
bauen
einrichten
renovieren

ALAN
BETRIEBE IM SELBSTVERWALTUNG

HANFMODE

Hanf-T-Shirts ab 11,00 €

NEU: Cordhosen, lange Röcke, Bluejeans, Sweatshirts & vieles mehr aus Hanf...

HanfHaus Reutlingen
Weingärtner Straße 27 Fon 07121-33 92 23

Die Union im Kampf gegen Arbeitslose

Die Union hat mit ihrer Mehrheit im Bundesrat die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung erstmal gestoppt. Zu diesen durchaus einschneidenden Reformen gehört auch die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe. Viele Abgeordnete haben diesem Gesetz erst nach sozialen Korrekturen zugestimmt.

Das stört die Unionsführer offenbar. Was die Union jetzt allerdings als Gegenentwurf auf den Tisch gelegt hat, ist sozial ungerecht, der Lage der Arbeitslosen völlig unangemessen und in der Sache zum Teil recht unsinnig.

Die Zuständigkeit für Langzeitarbeitslose soll nach dem Willen der Union bei den Kommunen liegen. Gleichzeitig sollen diese verpflichtet werden, eine Million Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Das bedeutet eine zusätzliche Belastung für die Städte und Gemeinden, denen ja bekanntermaßen finanziell das Wasser eh schon bis zum Hals steht.

Im Gegensatz zum Regierungsentwurf will die Union einen Niedriglohnsektor einführen bzw. weiter ausbauen. Übrigens mit bis zu 2000 € Zuschüssen aus öffentlichen Geldern pro Arbeitsplatz. Das muss man sich mal vorstellen: Die Union poltert ansonsten heftig gegen Subventionen, gleichzeitig will sie aber Dumpinglohnjobs auf abenteuerliche Weise bezuschussen und der Wirtschaft damit Tür und Tor öffnen für subventionierte Arbeitsplätze.

Das stinkt nach unmoderner Staatswirtschaft und wird mittelständischen Unternehmen schwer zu schaffen machen.

Jede Arbeit soll nach Ansicht der Union zumutbar sein – unabhängig von Ausbildung und vorheriger Tätigkeit. Wer Arbeit ablehnt, dem wird die Unterstützung gekürzt – bis zu 100 Prozent. Anspruch auf Sozialhilfe hat grundsätzlich eh nur, wer auch arbeitet. Eine schallende Ohrfeige für die vielen Arbeitslosen, die verzweifelt Arbeit suchen. Eine schwarze Strafpädagogik, die angesichts fehlender Arbeitsplätze in Millionenhöhe zynisch anmutet. Edmund Stoiber schlägt darüber hinaus auch noch rigorose Einschnitte bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und der beruflichen Weiterbildung vor. Qualifizierte Arbeit wird dann unqualifizierter Arbeit Platz machen.

Die Drückeberger-Parolen der Union verursachen bei mir mehr als Bauchweh, das kommt einem Magengeschwür nahe. Gemessen an all diesen kontraproduktiven, asozialen Hirngespinnsten halte ich das rot-grüne Konzept für maßvoll, sozial ausgeglichen und wesentlich erfolgversprechender. Ich bin gespannt, ob die Union zu Kompromissen fähig ist. Denn eines muss klar sein: die CDU/CSU kann nicht über den Bundesrat die Mehrheit des Bundestages auf Unionskurs zwingen.

*Winfried Hermann
Bundestagsabgeordneter*

Die Frage muss doch sein: Wer kann es besser? Noch eine Wortmeldung zu den Job Centern

Im Vermittlungsausschuss wird derzeit darum gestritten, wer die Verantwortung für die Hilfe aus einer Hand in den Job Centern übernehmen soll – Bundesanstalt für Arbeit oder Kommunen – die CDU/CSU garniert den Streit noch mit unerträglichen Forderungen.

Aus Sicht der Arbeitslosen und den Erfahrungen der Akteure in der Praxis gibt es hierzu eigentlich nur eine Antwort: bei den Kommunen - und hier kritisiere ich die Haltung der Bundesregierung, aber rede dabei nicht der CDU/CSU das Wort, wenn sie dies mit unsäglichen Vorschlägen verbindet.

Wer alle Arbeitslosen mit der Hungerpeitsche zur unqualifizierten Arbeit zwingen möchte und gleichzeitig Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zusammenstreicht, grenzt Menschen dauerhaft vom ersten Arbeitsmarkt aus und nimmt ihnen jede Chance auf die Überwindung ihrer unfreiwilligen Notlage.

Abgesehen davon verabschiedet sich die CDU/CSU damit vom Sozialstaatsprinzip unseres Grundgesetzes, denn staatliche Hilfe zur Sicherung des Exi-

stenzminimums ist keine beliebige Verfügungsmasse, sondern schlichtweg Grundrecht.

Ohne dieses verantwortungslose Denken der CDU/CSU bleibt der Ansatz der Angliederung bei den Kommunen jedoch richtig und dies noch besser als gemeinsame Trägerschaft – in eigener Rechtsform - von Kommune, Arbeitsamt, Wirtschaft und Freien Trägern, denn nur diese lokal gebündelten Kompetenzen können der Aufgabe, Arbeitslosigkeit abzubauen, gerecht werden.

Die Bundesanstalt für Arbeit besitzt im Bereich von Vermittlung und Qualifizierung arbeitsmarktnaher Personenkreise erhebliche Kompetenzen – mit der umfassenden Betreuung von arbeitsmarktfernen Personen bzw. Bedarfsgemeinschaften mit allen bisher über die Kommunen geregelten Diensten (allgemeine Sozialdienste, Suchtberatung, Schuldnerberatung u.a.) wäre sie aber hoffnungslos überfordert und sieht das im Übrigen gar nicht als ihre Aufgabe an. In diesem Bereich haben jedoch die Kommunen, Landkreise und Städte in Kooperation mit den Freien Trägern in der

Fortsetzung auf Seite 6

Betzinger Bürger gegen den Bau einer Asphaltmisch- und Sondermüll-Recyclinganlage

Die „unendliche Geschichte“ einer Bürgerinitiative

Die BI-Betzinger kämpft seit 1995 gegen den Bau einer Asphaltmisch- und Sondermüll-Recyclinganlage (Ausbauasphalt) der Fa. Reutlinger Asphaltmischwerke (RAM: Fa. F. Kirchhoff AG und Makadamwerke Schwaben, beide in Stuttgart) im Industriegebiet Mark West in der Täleswiesenstraße.

Der Reutlinger Ratsbeschluss vom 25.2.1969 gegen ein Asphaltmischwerk und der Kusterdinger Vertrag, der dort nur umweltfreundliche Betriebe erlaubt, stehen dem Bau von RAM entgegen. Im April 1996 wurden dem damaligen OB Dr. Schultes von der BI 3.500 Unterschriften gegen ein solches Vorhaben übergeben.

Am 30. Januar 1997 beschloss der Reutlinger Gemeinderat einstimmig die Bebauungsplanänderung mit Veränderungssperre im Industriegebiet Mark-West. Eine Maßnahme, für die auch im Dezember 96 der gemeinsame Wirtschaftsausschuss Reutlingen/Kusterdingen votierte. Das Landratsamt Tübingen lehnte im Februar 1997 den Bauantrag von RAM zur Errichtung einer Asphaltmischanlage ab, worauf die Kirchhoff-Gruppe/RAM beim Regierungspräsidium Tübingen gegen die Bebauungsplanänderung Widerspruch einlegte. Das Regierungspräsidium Tübingen wies den Widerspruch von RAM zurück.

Im Oktober 1997 erhob Kirchhoff beim Verwaltungsgerichtshof in Sigmaringen Klage gegen die Bebauungsplanänderung im Gebiet Mark-West. Der Verwaltungsgerichtshof in Sigmaringen verhielt sich in der Klage RAM gegen die Stadt Reutlingen am 11. November „neutral“. Die Entscheidung, ob die Bebauungsplanänderung rechtmäßig ist, gab er an den Verwaltungsgerichtshof Mannheim weiter.

Die Verhandlung in der Normenkontrollklage Reutlinger Asphaltmischwerk GmbH gegen die Stadt Reutlingen am 16. November 2000 nahm das schriftliche Urteil vorweg: Die vom Gemeinderat am 30.1.1997 beschlossene Bebauungsplanänderung hat vor dem VGH Mannheim keinen Bestand. OB Dr. Schultes offerierte dem Gericht, einen neuen Standort für RAM ausfindig zu machen.

Zur Gemeinderatssitzung am 20. Februar 2001 ging seitens der Verwaltung an die Gemeinderäte der Beschlussvorschlag:

1. „Die Umwandlung des Industriegebietes Mark-

West in ein Gewerbegebiet nicht weiter zu verfolgen.“

2. „Die Verwaltung verhandelt mit RAM, dass bei einer Verwirklichung der Asphaltmischanlage die beste verfügbare Technik zur Ausführung kommt.“

Der Gemeinderat entschied dann einstimmig mit dem Votum: „Der Gemeinderat erteilt der Verwaltung den Auftrag, der Firma RAM mitzuteilen, dass der Gemeinderat ein Asphaltmischwerk im Interesse der Betzinger Bürger, wie überhaupt der gesamten Stadt Reutlingen, am vorgesehenen Standort in der Täleswiesenstraße 17 (Industriegebiet Mark-West) ablehnt.“

Der VGH Baden-Württemberg erklärte mit schriftlichem Urteil vom 23. August 2001 den Bebauungsplan „Mark West“ der Stadt Reutlingen vom 27. Juli 1999 für nichtig.

Im Juli 2003 wurde die BI von OB Bosch eingeladen, um gemeinsam eine Lösung zu finden, wie dieses Asphaltmischwerk verhindert werden kann. Dabei sagte die OB ihre volle Unterstützung zu, da für sie der GR-Beschluss von 2001 nach wie vor Bestand hat. OB und BI kamen überein, einen Fachanwalt für Verwaltungsrecht einzuschalten, um zu prüfen, welche planerischen Möglichkeiten noch bestehen, rechtlich abgesichert die Ansiedlung im Industriegebiet zu verhindern.

Die BI beauftragte im September 2003 einen Fachjuristen, der ein solches Gutachten erstellen soll. Eine vorläufige Stellungnahme des Anwalts liegt vor. Trotz finanzieller Mithilfe von vielen Spendern fehlt der BI nun Geld, um ein endgültiges Gutachten zu erhalten.

Deshalb bittet die Bürgerinitiative um Spenden, Spenden, Spenden!

Einzahlungen werden erbeten auf das Spendenkonto der Bürgerinitiative

**Konto Nr. 176 555 005
Volksbank Reutlingen, BLZ 640 901 00**

Übrigens: Der Kreisverband Reutlingen von Bündnis 90/Die Grünen ist dem Spendenaufruf schon nachgekommen, um die BI finanziell zu unterstützen.

Der Münsinger Truppenübungsplatz: über das „Kleinod“ der Schwäbischen Alb und seine zukünftige Bestimmung

Liebe Freundinnen und Freunde im Kreis Reutlingen,

auf dem Gebiet eures Landkreises liegt eine der wertvollsten Naturschutzflächen in ganz Baden-Württemberg: der Münsinger Truppenübungsplatz. Wir haben in der Landtagsfraktion die Entwicklung dieses Geländes nach dem Abzug des Militärs zu einem Schwerpunkt unserer Naturschutzpolitik gemacht.

Deshalb haben wir im November den Präsidenten des Bundesamtes für Naturschutz, Prof. Hartmut Vogtmann zu einem Besuch des Geländes und einem anschließenden Fachgespräch im Rathaus Münsingen eingeladen. Mit mehr als 40 Teilnehmern war dies eine absolut hochkarätige Veranstaltung, die Perspektiven eröffnet hat.

„Es ist zweifellos gelungen, Prof. Vogtmann vom hohen Wert des Gebiets zu überzeugen.“

Zwar ist es für eine Friedenspartei eine Ironie des Schicksals, aber durch die hundertjährige militärische Nutzung hat sich auf der Münsinger Hardt eine Landschaft erhalten, die einmalig ist. Nirgendwo sonst im Land findet man eine unzerschnittene Offenlandfläche dieser Größe. Auch die Landesregierung hat uns das in einer Antwort auf einen Fraktionsantrag (DRS 13/2299) bestätigt:

„Die Naturausstattung auf dem Truppenübungsplatz Münsingen ist durch Untersuchungen, die im Auftrag der Wehrbereichsverwaltung im Hinblick auf eine möglichst naturverträgliche militärische Nutzung des Truppenübungsplatzes im Zeitraum von 1993 bis 1998 durchgeführt wurden, gut dokumentiert. Die entsprechenden Kartierungen und Gutachten wurden dem Land überlassen und von der Fachhochschule Nürtingen zusammengestellt und bewertet. Die wichtigsten Ergebnisse der natur-

schutzfachlichen Bewertung sind:

- Das Landschaftsbild des Truppenübungsplatzes Münsingen ist von hoher kulturhistorischer Bedeutung und spiegelt in Teilen sogar noch Nutzungsstrukturen des ausgehenden Mittelalters wider.

- Der Truppenübungsplatz Münsingen gehört zu den wenigen unzerschnittenen Räumen in Baden-Württemberg. Seine Besonderheit liegt in dem hohen Anteil an Offenland.

- Die nach § 24 a des Naturschutzgesetzes geschützten Biotoptypen sind flächig über den Truppenübungsplatz verteilt.

- Die Wälder sind stellenweise reich an Totholz, Relikte historischer Hutewälder verteilen sich über den gesamten Platz.

- Der Truppenübungsplatz Münsingen hat eine landesweite und bundesweite Bedeutung für den Vogelschutz. Flächig sind Vorkommen von Vogelarten über den Platz verteilt, die unter die Europäische Vogelschutzrichtlinie fallen: Neuntöter, Heidelerche, Rotmilan, Schwarz- und Grauspecht.

- Die gefährdete Heuschreckenart Gebirgsgrashüpfer kommt im Gebiet der Schwäbischen Alb nur noch auf dem Truppenübungsplatz Münsingen vor.“

Prof. Hartmann hat aber auch deutlich gemacht, dass die Voraussetzungen für eine Förderung durch das Bundesamt für Naturschutz damit noch nicht gegeben sind.

„Ich habe den Eindruck, man weiß noch nicht so recht, wo man hin will.“

Die nächsten Schritte wären die Gründung eines Trägers als Zweckverband der Gemeinden mit dem Landkreis und die Erarbeitung eines Projektantrags. Wenn es gelingt, eine Aufnahme in das Großschutzprojektprogramm des Bundesamtes für Naturschutz zu erreichen, dann stellt der Bund 65% der

Mittel für die Entwicklung des Gebiets bereit. Das Land muss mit 25% ins Boot, 10% bleiben am kommunalen Träger hängen.

Die Landesregierung kann sich im Moment noch nicht entscheiden, ob sie das Heft lieber selbst in die Hand nehmen oder dem Bund den Vortritt lassen soll. Wenn Münsingen ein Aushängeschild für die Bedeutung des Naturschutzes im Land werden soll, so lautet offenbar die Überlegung, dann macht es sich schlecht, wenn der Bund 65% der Kosten beisteuert und die Federführung beim Bundesamt für Naturschutz liegt.

„Die leeren Kassen des Landes machen es aber auch schwer, auf diesen Zuschuss einfach zu verzichten.“

Deshalb gibt es vorerst gar nichts. Nach der letzten Aufsichtsratssitzung in der Landesstiftung sieht es leider so aus, als würde bis Mai nächsten Jahres nichts mehr geschehen. Wir werden darauf drängen, dass das Land sich entscheidet und das Versteckspiel beendet.

Noch ein eigener Eindruck zum Schluss: Wie viele andere Gäste war ich im Rahmen unserer Besichtigung zum ersten Mal auf dem Truppenübungsplatz. Obwohl es ein eher ungemütlicher Herbsttag war, fand ich das Naturerlebnis auf dem Hardt außerordentlich beeindruckend. Als Stadtmensch war die Stille und Weite des Truppenübungsplatzes für mich faszinierend. Ich bin sicher, dass diese Attraktion viele Menschen anzieht.

Unser Ziel ist es, das zu ermöglichen, ohne die Attraktion zu zerstören. Schützen und nützen müssen zusammenkommen! Die Voraussetzungen dafür sind gut. Wir bleiben dran und ich kann euch nur ermuntern, dieses Thema lokal wie bisher ganz stark in den Vordergrund zu rücken.

Mit grünen Grüßen
Boris Palmer, MdL

Fortsetzung von Seite 3

Die Frage muss doch sein: Wer kann es besser?

Vergangenheit große Erfolge aufzuweisen und es hat sich gezeigt, dass regionale Ansätze zu innovativen, effektiven und kürzeren Wegen zu Beschäftigung und Eingliederung führen. Mein Fazit: Gerade in finanziell schwierigen Zeiten sollten positive Erfahrungen und gewachsene Strukturen genutzt und nicht ignoriert bzw. zerstört werden.

Abschließend noch ein Wort zu den sogenannten Langzeitarbeitslosen, deren Zahl stetig ansteigt. Gerade diese Personengruppe läuft Gefahr durch das Netz der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu fallen und hier sehe ich speziell für uns Grüne eine wichtige Aufgabe in der Zukunft. Das Phänomen der Langzeitarbeitslosigkeit ist weder der fehlenden Flexibilität oder mangelnden Motivation der Langzeitarbeitslosen noch der mangelnden Dynamik der Arbeitsverwaltung geschuldet – unsere heutige Arbeitswelt bietet für diese Personengruppe schlichtweg nicht mehr genügend Arbeitsplätze.

Wenn wir dennoch den Anspruch aufrechterhalten wollen, allen Menschen eine faire Teilhabe an Erwerbsarbeit zu ermöglichen und damit eine dauerhafte Alimentierung wirklich vermeiden wollen, muss neue Beschäftigung auch für diese Menschen geschaffen werden und dies bedeutet endlich die Anerkennung, aber auch Ausweitung, des zweiten Arbeitsmarkts. Verbunden damit sollte die Einsicht entstehen, dass die Finanzierung des zweiten Arbeitsmarkts nicht im Umlagesystem gesichert werden kann und damit als gesellschaftliche Aufgabe explizit steuerfinanziert abgesichert werden muss. Und auch hier stellt sich die Frage, wer kann dies besser? Natürlich die Kommunen!

Beate Müller-Gemmeke

*Mitglied im Landesvorstand
Ba-Wü und im Kreisvorstand*

Von Nachhaltigkeit kann bei der städtischen Finanzpolitik keine Rede sein!

Zur Situation der Reutlinger Finanzen im Winter 2003

Die „**Schere**“, das heißt, zu erwartende höhere Ausgaben als Einnahmen, wurde uns von der Reutlinger Stadtkämmerei im Herbst **2001** - aber auch schon früher - präsentiert: Demnach würde es ab 2003 eng, zum Ende des Jahres war eine Lücke im Verwaltungshaushalt von knapp €4,5 Mio prognostiziert. Heute wissen wir, es sind 12 Millionen.

Und dies, obwohl inzwischen fast €20 Mio, ca. 7% des Gesamthaushaltsvolumens, eingespart wurden.

Gleichzeitig haben Gemeinderat und Verwaltung, gegen unsere Stimmen, das Kreditvolumen erhöht. Die **Zinslast** in 2004 wird bei mindestens €7 Mio sein. Zum Vergleich: 1999 und in den Jahren zuvor waren es noch €2,1-2,8 Mio !!

Um den Haushalt der Stadt überhaupt genehmigt zu bekommen, soll vom Vermögen der entsprechende Gegenwert von €7 Mio veräußert werden. Das heißt nichts anderes als: Leben vom Abbau der Substanz. Dies kann nicht lange gut gehen und wurde bereits vom Regierungspräsidium an anderer Stelle gerügt.

Von **Nachhaltigkeit** der städtischen Finanzpolitik kann keine Rede sein.

Wofür wurden die Schulden erhöht? Neben sinnvoller Schul- und Kläranlagenbauten wurde mit den Stimmen von CDU, FWV, BMR/FDP und SPD für €15 Mio das – nunmehr nicht benötigte – Stadion ausgebaut für einen Fußballverein, von dem man rechtzeitig vor dem Baubeginn wusste, dass er in großen finanziellen Schwierigkeiten steckt.

Und für den Architektenwettbewerb und die Planung eines völlig überdimensionierten Kultur- und Kongreßzentrums. Dank einer wachen Bürgerschaft und den Grün-Unabhängigen kam es nicht zum Bauauftrag für das 90-Millionen-

Euro-Projektes. Es wäre heute, mit seinen Folgekosten, eine Katastrophe für die Stadt.

Kommunal-AK und Grün-Unabhängige Fraktion haben rechtzeitig bereits vor Jahren die richtigen Anträge zum Schuldenabbau und zur Haushaltskonsolidierung gestellt.

Neben dem Verzicht auf Prestigebauwerke hätte besonders eine angemessene Gewerbesteuerpolitik die Grausamkeiten (Streichungen im ökologischen, sozialen - und kulturellen Bereich), die jetzt von der Verwaltung vorgeschlagen werden, teils vermeiden können.

Wir haben für unsere Haushaltspolitik Prioritäten gesetzt: Im Sozialbereich, bei Kindern und Jugendlichen, wird zuletzt gespart. Eine nachhaltige, gegen Schuldenerhöhung gerichtete Finanzpolitik ist unsere Pflicht gegenüber der kommenden Generation. Soziale Schief lagen dulden nicht, auch und gerade, wenn es weniger zu verteilen gibt.

Wenn Geld genug da ist für den Abriß des Proviantamts zur Errichtung von 49 weiteren Parkplätzen (389 statt 340), für die Planung der „Dietwegtrasse“, deren Verwirklichung nach 2015 - wenn überhaupt – ansteht, für den Abriß der Echazpassage zur Errichtung einer Autofahrspur für 22 Fahrzeuge, für ein Parkleitsystem für 1 Mio € etc. etc., dann ist auch genügend Geld da für den Ausbau verkehrsberechtigter Bereiche und für die Bezuschussung der Kinderbetreuung, der Bibliotheken und sozialen Einrichtungen etc. etc..

*Die Grün-Unabhängige Fraktion
im Gemeinderat, Reutlingen*

Es wäre schön, wenn viele von Euch zur Verabschiedung des Haushalts - voraussichtlich am 5. Februar 2004 - ins Reutlinger Rathaus kommen könnten. Volle Zuschauerplätze wirken manchmal Wunder...

Umgang der Printmedien mit extremen Wetterereignissen Klimawandel: unausweichliche Katastrophe oder zu bewältigende Aufgabe?

Der Sommer 2003 bescherte Deutschland eine außergewöhnliche Hitze- und Trockenheitsperiode. Der Pegelstand des Rheins fiel auf einen historischen Tiefstand, die Wälder in Brandenburg standen in Flammen und die Freibäder waren überfüllt. In Folge berichteten die Medien häufig über das Wetterphänomen und seine Auswirkungen. „Menschen werden schlanker sein, haben doppelt so häufig Sex und Rotweine der Spitzenklasse kommen aus Schleswig Holstein“, schrieb *Die Bild* Anfang August auf ihrer Titelseite.

Neben den Auswirkungen auf Mensch und Tier wurde in den Zeitungen diskutiert, ob dies bereits die ersten Anzeichen eines Klimawandels seien. Auch von der Wissenschaft kann ein Zusammenhang der diesjährigen extremen Hitzewelle mit voranschreitendem Klimawandel nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden. Allerdings ist klar, dass die Hitzewelle eindeutig in die vorhandenen Simulationen zur Klimaveränderung der meisten anerkannten Wissenschaftler passt.

Wie bewerten die Printmedien die Hitzewelle des letzten Sommers?

In meinem Praktikum im Potsdam Institut für Klimafolgenforschung habe ich mich in einer Studie damit beschäftigt, wie die Printmedien diese „Hitzewelle“ bewertet bzw. wie sie darüber berichtet haben. Die in der Studie untersuchten/einbezogenen Printmedien stellen für einen großen Teil der Bevölkerung eine wichtige Informationsquelle dar und haben deswegen auch einen großen Einfluss auf die öffentliche Debatte. Mittels einer Medienanalyse ausgewählter überregionaler Zeitungen und Zeitschriften sowie Experteninterviews wurden insbesondere folgende Fragen beantwortet:

Haben die Printmedien das ex-

tremer Wetterphänomen dieses Sommers dazu genutzt, auf den Klimawandel einzugehen und wenn ja, wie haben sie diesen dargestellt - als unlösbare Katastrophe oder als eine zu bewältigende Aufgabe?

War die Berichterstattung sachlich oder emotional? Bestehen Unterschiede in der Darstellungsweise zwischen den einzelnen Zeitungen und Zeitschriften?

Die Medien-Analyse ergab, dass das Themenspektrum innerhalb der Berichterstattung zu dem extremen Wettervorkommen insgesamt breit gefächert war. Am häufigsten - in 25 Prozent aller Artikel - wurde über die Problematik von Waldbränden berichtet. Über die Energiesituation, insbesondere die Beeinträchtigungen der Atomkraftwerke durch die Hitze, sowie über die Auswirkungen auf die Landwirtschaft, wurde fast genauso oft informiert.

In rund 20 % aller Artikel wurde das Thema Klimawandel angesprochen. Hiervon wiederum kommen ca. 80 % zu dem Ergebnis, dass die Hitzewelle durch anthropogenen Klimawandel verursacht wurde. Allerdings wurde dies im Großteil der Berichte zunächst diskutiert, um eine ausgeglichene Berichterstattung zu gewährleisten, andererseits aber auch, da erst Widerstreit und Kontroverse „eine Story zu einer guten Story machen“.

Dies ist auch ein Grund dafür, dass in den Medien öfter extreme Randmeinungen aus teilweise fragwürdigen Quellen zitiert werden. Wie z.B. *Die Bild* einen italienischen Experten zitiert, der uns im Zuge des Klimawandels besseren Wein und mehr Babys verspricht.

Die Untersuchung zeigte außerdem, dass der Klimawandel in über 60 % der Artikel als „bedeutendes Problem“ angesehen wird, dagegen nur in 12 % als „Katastrophe“ und nur in 7 % der Artikel als ein

„unbedeutendes Problem“ dargestellt wird.

Noch bis zum Anfang der 90er Jahre wurde Klimawandel hauptsächlich in sehr dramatischer Art und Weise dargestellt. Dies hat sich gewandelt. Heute werden die meisten Artikel sachlich oder leicht bis stark emotional verfasst, dafür eher selten dramatisierend. Dies liegt unter anderem daran, dass sich die Schreckensszenarien nicht in der vorhergesagten Zeit bewahrheitet haben.

Wissenschaftler geben heute deutlich vorsichtigere Prognosen ab, was wiederum dazu führt, dass der Nachrichtenwert dieser Aussagen für die Journalisten sinkt. Klimaskoptikern, mit ihren weitaus radikaleren Thesen, wird deshalb tendenziell mehr Raum in den Medien gegeben. Eine Klimaveränderung wird so mehr und mehr als unbedeutendes Problem dargestellt.

Etwa die Hälfte aller Artikel, die auf einen Klimawandel hinweisen, zeigen Lösungsstrategien, wie zum Beispiel den Umstieg auf erneuerbare Energien, auf und fordern Bürger, Politik oder Wirtschaft gezielt zum Handeln auf. Allerdings werden diese Lösungsstrategien und die Notwendigkeit zum Handeln in der Vielzahl der Artikel nur am Rande erwähnt, was beim Leser nur selten einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen wird.

Warum wird über Lösungsstrategien gegen den Klimawandel in den Medien nicht ausführlicher berichtet?

Hierzu erklärte ein freier Journalist im Experteninterview, dass dies keinen Nachrichtenwert habe. Hierfür müsse schon ein geeigneter Auslöser bzw. Aufhänger vorhanden sein.

Vergleicht man die Zeitungen untereinander, so fällt zunächst auf, dass die Tageszeitungen – mit Ausnahme *Der Bild* - das gesamte The-

Kontakte

Adressen

Telefonnummern

Grünes Büro

Bündnis90/Die Grünen - KV Reutlingen
 Wilhelmstraße 89, 72764 Reutlingen
 Öffnungszeiten: Di - Do von 9 - 11 Uhr
 außerhalb der Schulferien
 und nach Vereinbarung
 ☎ 07121/ 37 26 77
 Fax: 0712/ 37 26 78
 E-Mail: kv.reutlingen@gruene.de
 Internet: www.gruene-reutlingen.de
 Kreisgeschäftsführerin: Hanne Krönke
 Verkehrsverbindung: 5 min zu Fuß vom
 HBF und vom ZOB, RSV Linie 1 und 2

Kreisvorstand

Jochen Herrmann
 ☎ 07121/27 05 14
 E-Mail: jherrmann@kpmg.de

Dr. Sabrina Hoffstetter-Kuhn
 ☎ 07125/ 15 56 20
 E-Mail: sabrina@hoffstetter.de

Marcellus Kolompar
 ☎ 07121/ 47 80 37
 E-Mail: marcellus.kolompar@t-online.de

Beate Müller-Gemmeke
 ☎ 07127/ 7 16 19
 E-Mail: B.Mueller-Gemmeke@gruene.de

Stephanie Steuckardt
 ☎ 07121/ 57 78 45
 E-Mail: diskussion@web.de

Vorstand OV Reutlingen
 Peter Wagner ☎ 07121/ 21 06 51

Vorstand OV Metzingen
 Markus Rösner
 ☎ 07123 / 63 75
 E-Mail: markus-roesner@web.de

Vorstand OV Pfullingen
 Michael Hagel
 ☎ 07121 / 75 08 10
 E-Mail: michael.hagel@gmx.net

Vorstand OV Bad Urach
 Dr. Sabrina Hoffstetter-Kuhn
 ☎ 07125/ 155 620
 E-Mail: sabrina@hoffstetter.de

Vorstand OV Münsingen
 Markus Mörke
 ☎ 07381/ 69 544
 E-Mail: m.moerike@web.de

Landtagsabgeordneter
 Boris Palmer
 ☎ 0711/20 63 691
 E-Mail: boris.palmer@gruene.de

Bundestagsabgeordneter
 Winfried Hermann
 ☎ 07071 272 757
 E-Mail: winfriedhermann@wk.bundestag.de

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift
 Anschriftenberechtigungskarte senden an
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN,
 Wilhelmstraße 89, 72764 Reutlingen

Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt
72764 Reutlingen

Fortsetzung von Seite 7

Umgang der Printmedien mit extremen Wetterereignissen

menspektrum in ähnlicher Weise abdeckten. Die *TAZ* sieht in ihren Artikeln im Vergleich zu den anderen Zeitungen am häufigsten einen Zusammenhang zwischen Hitze-welle und anthropogenem Klimawandel. *Die Welt* und *Die Bild* stellen am seltensten die Verbindung zu anthropogenem Klimawandel her. Entsprechend ihrem Stil stellte *Die Bild* Klimawandel, immer extrem, entweder als unbedeutendes Problem oder aber als Katastrophe dar.

Insgesamt war die Berichterstattung also relativ ausgewogen. Der größte Teil der Artikel beschreibt Tatsachen und stellt Klimawandel als das dar, was er ist - ein bedeutendes Problem. Von Katastrophismus auf breiter Ebene, wie er in früheren Jahren so häufig in der

Presse zu finden war, kann nicht mehr die Rede sein.

Auf Strategien der Anpassung, Möglichkeiten des Umstiegs auf erneuerbare Energien oder Erhöhung der Energieeffizienz wird oftmals hingewiesen. Dies geschieht jedoch in eher beiläufiger Art und Weise, so dass der durchschnittliche Leser diese nur selten bewusst wahrnimmt.

Spannend bleibt, in welche Richtung sich die Zeitungen in ihrer Thematik entwickeln werden. Wird sich die Haltung durchsetzen, den Klimawandel als unbedeutendes Problem zu verharmlosen, wie es etwa in der *Bild* geschehen ist? Oder wird sich der Realismus durchsetzen, der Strategien zur Lösung des Problems aufzeigt?

Birgit Lukas

Wer hat Interesse? Bitte vormerken!

Heide Rühle (MdEU) lädt eine Gruppe von 30 Leuten aus dem Kreis Reutlingen ein, im Frühjahr das **Europäische Parlament in Straßburg zu besuchen**. Termin und Einzelheiten stehen noch nicht genau fest. Wer Interesse hat, an der Fahrt nach Straßburg teilzunehmen, melde sich bitte im Grünen Büro. Ihr werdet dann vorgemerkt und über die Einzelheiten informiert.

Impressum

Herausgeber: Bündnis90/Die Grünen,
 KV Reutlingen, Wilhelmstraße 89,
 72764 Reutlingen, ☎ 07121/ 37 26 77, Fax: 0712/ 37 26 78
 Auflage: erscheint 6 Mal/Jahr
 V.i.S.d.P.: Kreisvorstand des Kreisverbandes Reutlingen von Bündnis 90/ Die Grünen
 Redaktion: Sabrina Hoffstetter-Kuhn
 Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1; Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht,
 Belegexemplare bitte an Redaktion
 Bankverbindung: Konto-Nr. 44891, BLZ 640 500 00, KSK Reutlingen